

Protokolleintrag vom 08.02.2012

2012/47

Postulat von Tamara Lauber (FDP) und Marc Bourgeois (FDP) vom 01.02.2012:

Verzicht auf die Einrichtung neuer Asylunterkünfte in grösseren Städten sowie Umsetzung kürzerer Asylverfahren gestützt auf die bestehenden Gesetzesgrundlagen

Marc Bourgeois (FDP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Momentan werden die möglichen Asylzentren wie ein heisser Stein im Kanton hin- und hergeschoben. Wir möchten diesem Schwarz-Peter-Spiel ein Ende setzen. Die Entscheide auf kantonaler Ebene werden in den nächsten Monaten und nicht erst in zwei Jahren fallen. Auch das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement hat eine Reform bezüglich einer Standortstrategie angekündigt, auch hier werden die Entscheide in den nächsten Monaten fallen. Wollen die Städte mit ihren spezifischen Problemen im Asylbereich Einfluss nehmen, müssen sie es jetzt tun.

Der Rat wird über den Antrag am 29. Februar 2012 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat